

Prof. Richard Wolff: Die wirtschaftliche Bedeutung des Ukraine-Krieges

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Zain Raza (ZR): Vielen Dank für Ihr Interesse heute und willkommen zu einer weiteren Folge von Die Quelle. Ich bin Ihr Gastgeber, Zain Raza, und heute spreche ich mit Professor Richard Wolff über die wirtschaftlichen Aspekte des Ukraine-Krieges. Professor Richard Wolff ist Gründer von Democracy at Work und emeritierter Professor für Wirtschaftswissenschaften an der University of Massachusetts Amherst. Er ist Autor zahlreicher Bücher, darunter *When Capitalism Can Save Us From Pandemics Or Itself*. Professor Richard Wolff, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

Richard Wolff (RW): Vielen Dank. Ich freue mich, hier zu sein.

ZR: Sahra Wagenknecht, Politikerin der Linken und Mitglied des Deutschen Bundestages, sorgte im vergangenen Jahr für einen politischen und medialen Aufruhr in Deutschland, als sie erklärte, Deutschland und seine Verbündeten würden einen Wirtschaftskrieg gegen Russland führen. Wie würden Sie die Wirtschaftspolitik des Westens gegenüber Russland seit Beginn des Krieges einstufen?

RW: Das Problem des Ukraine-Krieges lässt sich meiner Meinung nach auf diese Weise betrachten. Es gibt zwei Kriege. Der eine ist ein militärischer Krieg, an dem Russland und die Ukraine beteiligt sind. Hier ist es eindeutig, dass eine der beiden Seiten besser ausgerüstet und größer ist, und auf militärischer Ebene gibt es nicht wirklich einen Wettbewerb, es sei denn, man wäre zu einer direkten Konfrontation mit Russland bereit. Sie beobachten einen Krieg, den die eine Seite gewinnt und die andere verliert. Und das gilt unabhängig davon, ob man die ukrainische Waffenlücke mit externen Waffen füllt oder nicht; das verlangsamt den Prozess, aber es ändert nichts an der Realität. Und der Westen hat das verstanden, und daher wurde ein zweiter, anderer Krieg vom Westen begonnen. Und in diesem Fall haben wir die gleiche Art von Ungleichgewicht in dem Sinne, dass die Vereinigten Staaten und Westeuropa und Japan auf der einen Seite einen Wirtschaftskrieg gegen Russland führen. Viele Menschen

verstehen nicht, dass dies in wirtschaftlicher Hinsicht derselbe einseitige Krieg ist wie der andere im militärischen Bereich. Lassen Sie mich Ihnen eine Statistik vorlegen, die mehr Menschen zur Kenntnis nehmen sollten. In der Wirtschaftswissenschaft verwenden wir das so genannte BIP, das Bruttoinlandsprodukt. Es gibt Ihnen eine grobe Vorstellung von der Größe einer Volkswirtschaft. Es misst buchstäblich die Gesamtproduktion von Waren und Dienstleistungen in einem Kalenderjahr. Im letzten Jahr lag das BIP Russlands bei 1,5 Billionen Dollar. Auf der anderen Seite stehen die Vereinigten Staaten, deren BIP im letzten Jahr 21 Billionen Dollar betrug. Mit anderen Worten, es handelt sich um einen Kampf, wirtschaftlich gesprochen, einen Wirtschaftskrieg, der durch Sanktionen und Gegensanktionen geführt wird, die uns allen bekannt sind. Es ist ein Krieg zwischen David und Goliath. Und Sie können sich alle ausrechnen, wer in dieser Konstellation auf welcher Seite steht. Wenn man dann die europäischen Länder, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien zu den Vereinigten Staaten hinzufügt, dann kommt man auf ein Verhältnis von 30 zu 1 bezüglich des wirtschaftlichen Reichtums. Das ist ein ebenso einseitiger Wirtschaftskrieg wie der Militärkrieg, nur in umgekehrter Form. Rätselhaft ist, warum er nicht erfolgreich war. Warum, nach fast einem Jahr Krieg, das vom Westen, unter anderem von unserem Präsidenten Biden, Versprochene - und das stimmt - dass dies Russland als wirtschaftliche Einheit zerstören würde, dass sie geschlagen wären, dass der Rubel im internationalen Währungsaustausch wertlos wäre, dass die Wirtschaft zusammengebrochen wäre. All das war falsch. Nichts von alledem ist eingetreten. Und der Fehler des Westens bestand darin, nicht zu begreifen, dass sich die Weltwirtschaft verändert hat und dass die Dominanz der Vereinigten Staaten, die bereits seit einigen Jahrzehnten abnahm, nun aufgedeckt und als weitaus geringere Wirtschaftsmacht offenbart wurde, als sie sich selbst vorgestellt hatte. Russland verfügt inzwischen über sehr wichtige Verbündete, allen voran die Volksrepublik China. Nur noch einmal zur Erinnerung: Das jüngste BIP Chinas beträgt 17,5 Billionen Dollar. Da China die Vereinigten Staaten einholt und viel größer ist als Russland, wenn man bedenkt, dass China, Indien, die Türkei, der Iran und andere Länder Russland unterstützen, waren die Vorhersagen falsch. Wir befinden uns nun in einer Art Patt-Situation, denn die vorhergesagte Dominanz der Vereinigten Staaten, an die sie sich seit 75 Jahren, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, gewöhnt hatten, ist nun vorbei. Und es wird viel Zeit brauchen, bis sich die verschiedenen Nationen und Blöcke in der Welt auf diese Tatsache einstellen. Aber ich kann Ihnen eine Warnung eines Wirtschaftswissenschaftlers mit auf den Weg geben: Länder auf der ganzen Welt, und das schließt jedes Land in Europa ein, sollten besser ihre strategischen Entscheidungen überdenken, denn die Welt hat sich verändert und wird nicht mehr so sein wie früher. Dieser Flaschengeist kann nicht wieder in die Flasche zurückkehren. Die Situation ist neu und wird enorme Auswirkungen haben.

ZR: Ich möchte mich jetzt auf die Auswirkungen für Russland konzentrieren. Könnten Sie zuerst über die Maßnahmen sprechen, die die westlichen Länder, insbesondere die USA, zur Isolierung Russlands ergriffen haben, und dann darüber, wie sich dies auf die russische Wirtschaft auswirkte?

RW: Sämtliche vorstellbaren Sanktionen wurden bereits gegen Russland verhängt. Gegen Russland sind also schon früher Sanktionen verhängt worden. Dies ist nicht das erste Mal. Es gibt Erfahrungen mit Sanktionen gegen Russland, die mindestens 15, 20 Jahre zurückreichen. Ich spreche von legalen öffentlichen Sanktionen, illegale verdeckte Sanktionen reichen noch weiter zurück. Sie reichen bis in die Zeit der Sowjetunion zurück. Aber dies war ein Versuch, aus den Sanktionen gegen Kuba, Iran und China zu lernen und alle Maßnahmen zu bündeln, um sie vereint durchzuführen. So wurden beispielsweise Devisenreserven im Wert von 300 Milliarden Dollar beschlagnahmt, die die Russen zur Stützung ihrer Währung in westlichen Banken angelegt haben. Den Russen wird der Zugang zu russischem Eigentum verwehrt. Man sollte sich vor Augen halten, was dies bedeutet, denn es handelt sich um einen Präzedenzfall. Unabhängig davon, ob die Verantwortlichen dies als Präzedenzfall beabsichtigt haben oder nicht, ist die Vorstellung, dass wir in einer von den Vereinigten Staaten gelenkten Weltwirtschaft leben, die sich an die Regeln des Privateigentums hält, vorbei. Es gibt keine Regel des Privateigentums. Sie wird durch den wirtschaftlichen Nationalismus übertrumpft, der die neoliberale Globalisierung als vorherrschende Ideologie hier in den Vereinigten Staaten abgelöst hat. Den Russen wurde die Nutzung des internationalen Zahlungssystems SWIFT - das ist ein Akronym - verweigert, was die Abwicklung von Zahlungen erheblich erschwert. Es ist eine Möglichkeit, den internationalen Handel zu stören und zu behindern. Dann wurden Sanktionen gegen Einzelpersonen und gegen Unternehmen verhängt. Es wurde enormer öffentlicher und privater Druck auf amerikanische Unternehmen ausgeübt. Übrigens wurde dies auch in anderen Ländern so gehandhabt. Aber ich spreche hier vor allem über die Vereinigten Staaten, da ich mich in diesem Bereich am besten auskenne. Und so verkauften amerikanische Unternehmen ihre Tochterunternehmen in Russland an andere Unternehmen, andere internationale Unternehmen, in einigen Fällen auch an andere russische Unternehmen und noch andere. Die Vereinigten Staaten haben anderen Ländern und anderen Unternehmen in der ganzen Welt mit Sanktionen gedroht, sollten sie Handelsbeziehungen mit Russland eingehen. Irgendjemand - niemand weiß wer - sprengte die Pipeline in der Nordsee, Embargos gegen Öl und Gas, die teilweise auf dem Seeweg, teilweise auf dem Landweg über Pipelines usw. transportiert werden, wodurch der Export von Energie, der eine wichtige Stütze der russischen Wirtschaft ist, zum Erliegen kam. Hätte Russland keine wichtigen Verbündeten in der Welt gehabt, hätten diese Maßnahmen die russische Wirtschaft in kürzester Zeit lahmgelegt. Das ist nicht der Fall. Aber der Hauptgrund liegt darin, dass die Russen viel besser als die meisten von uns, die diese Situationen beobachteten, verstanden und eindeutig besser als der Westen verstanden, Beziehungen vor allem zu China und Indien, aber auch zu anderen Ländern aufgebaut haben, die es ihnen im Grunde genommen ermöglichten, diese Situation zu umgehen, und Beziehungen zu Asien, Afrika und Lateinamerika zu unterhalten, die zusammengenommen in der Lage waren, das meiste von dem zu verhindern, was der Westen beobachtete. Wenn man zum Beispiel in den letzten 12 Monaten den Schaden misst, den eine Volkswirtschaft in Form von Produktionsrückgängen usw. erlitten hat, dann ist Russland zwar rückläufig, aber nicht so stark wie die Vereinigten Staaten und Westeuropa. Die Ironie dabei ist, dass der Krieg in den Vereinigten Staaten enorme Ausgaben verursacht

hat. Nimmt man alle Verpflichtungen zusammen, so belaufen sie sich auf über 100 Milliarden Dollar, was ihn zum teuersten Krieg der jüngeren Vergangenheit macht, und er ist noch nicht einmal ein Jahr alt. Aber die Auswirkungen des Krieges haben weltweit Schaden angerichtet und dem Westen ebenso viel Schaden zugefügt wie Russland. Russland ist eine viel kleinere Volkswirtschaft und hat daher weniger Ressourcen für diesen Krieg. Der Krieg verursacht also Probleme innerhalb Russlands. Das ist klar. Das Land muss Ressourcen von der Produktion für den zivilen Sektor auf die Produktion von Kriegsmaterial umleiten. Aber der vom Westen vorhergesagte Zusammenbruch ist noch nicht eingetreten. Und wenn sich nichts ändert, besteht auch in diesem Jahr keine Aussicht auf einen solchen Zusammenbruch. In der Zwischenzeit sind die Inflation und die steigenden Zinssätze im Westen eine viel ernstere Bedrohung für die Wirtschaft des Westens als dieser Krieg für die Wirtschaft Russlands ist.

ZR: Nur um ein Gegenargument vorzubringen: Manche würden sagen, dass es nicht um die Durchsetzung wirtschaftlicher Ziele geht. Es geht darum, ein Zeichen zu setzen. Es geht um moralische Bedeutung. Wie würden Sie dazu Stellung nehmen? Wenn man zum Beispiel argumentieren würde, dass die Sanktionen in diesem Fall, auch wenn sie nicht funktionieren haben, unsere moralische Bedeutung für den Schutz von Freiheit und Demokratie demonstrieren?

RW: Ich muss sagen, dass ich ein solches Argument außergewöhnlich finde. Sogar hier in den Vereinigten Staaten hätten Sie Schwierigkeiten mit diesem Argument, sowohl seitens des rechten als auch des linken Flügels, die beide ein solches Argument nicht akzeptieren würden. Und denken Sie daran, ich spreche hier von den Vereinigten Staaten. Wenn es um eine auf Regeln basierende internationale Ordnung oder eine autoritäre Regierung oder große Länder, die in kleinere Staaten einmarschieren, geht - all das, worauf Sie sich gerade bezogen haben -, dann ist das die Bilanz unserer Nation. Die Vereinigten Staaten sind in Korea einmarschiert. Das ist ein kleines Land. Die Vereinigten Staaten sind in Vietnam einmarschiert. Auch das ist ein kleines Land. Die Vereinigten Staaten sind in Afghanistan einmarschiert. Es ist eines der ärmsten Länder der Welt und ein kleines Land. Die Vereinigten Staaten sind in den Irak einmarschiert. Ich könnte fortfahren, Libyen und so weiter. Wir haben eine Vergangenheit als Nation. Wenn es Regeln gibt, die auf der internationalen Ordnung beruhen, dann ist der Grundsatz, den wir erkennen können, dass die Vereinigten Staaten in den letzten 75 Jahren getan haben, was sie tun wollten, und entweder haben die Vereinten Nationen mitgespielt oder nicht. Aber das ist nicht wirklich wichtig. Und Personen der amerikanischen Regierung, denen ich in meinem persönlichen Leben und in meinen persönlichen Freundschaften nahe stehe, kommt das nicht in den Sinn. Deshalb sind sie plötzlich empört, wenn ein anderes Land, ein relativ großes Land, in ein relativ kleines Land einmarschiert, und beziehen ganz ungeniert moralische Positionen: Wow! Das setzt ein Maß an Blindheit, Leichtgläubigkeit und Einseitigkeit voraus, das zu beobachten, geschweige denn zu entschuldigen, recht beschämend ist.

ZR: Sie haben die Auswirkungen auf Europa und die Vereinigten Staaten erwähnt. Könnten Sie dies im Hinblick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen auf die Infrastruktur und die Energieinfrastruktur usw. näher erläutern?

RW: Ja. Am unmittelbarsten und offensichtlichsten sind die Auswirkungen auf die Energiepreise, Nummer eins. Das betrifft Europa, nicht die Vereinigten Staaten. Das bringt die Vereinigten Staaten in eine absonderliche Situation, aber noch absonderlicher ist es für die Europäer, da die Vereinigten Staaten die Führung bei der Verhängung von Sanktionen übernehmen, deren Auswirkungen auf die europäische Wirtschaft viel schwerwiegender sind als auf die der Vereinigten Staaten. In dem Maße, in dem wirtschaftliche Erwägungen wichtig sind - und das sind sie immer, mehr oder weniger -, müsste man meinen, dass Europa federführend handeln würde, da es mit den negativen Folgen leben muss. Die Vereinigten Staaten haben ihre eigenen Energiequellen und es könnte sie weniger interessieren, ob Russland exportieren kann oder nicht. Es hat Auswirkungen auf die Weltmarktpreise, und das ist wichtig, aber es ist nicht die Art von Auswirkung, die man in ganz Westeuropa und insbesondere in den Ländern beobachten kann, die auf günstige Energie aus Russland angewiesen waren. Ich möchte jedoch betonen, dass die Auswirkungen hier weit über die unmittelbare Frage der durch steigende Energiepreise angeregten Inflation hinausgehen. Es gibt noch andere Faktoren, die ebenso wichtig sind. Sie hängen mit dem Krieg in der Ukraine zusammen. Es handelt sich also nicht um eine separate Angelegenheit, aber sie sind ebenfalls distinkt. Und hier das Wesentliche. Wir haben es mit einem untergehenden Imperium zu tun. Betrachtet man das 19. und 20. Jahrhundert, so erkennt man, vor allem im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert, dass das dominierende Imperium dieser beiden Jahrhunderte, das britische Empire, im Niedergang begriffen war, vor allem im 20. Jahrhundert. Es wurde durch die Vereinigten Staaten, eine ehemalige Kolonie, durch Deutschland, das wie stets bemüht war, mit dem britischen Kapitalismus gleichzuziehen, und durch das sich später formierende Japan herausgefordert. Außerdem gab es noch die konkurrierenden Kolonialsysteme, die Franzosen, die Russen, die Niederländer und andere mehr. Aber das britische Empire befand sich im Niedergang. Im ersten und zweiten Weltkrieg wurden die deutschen und japanischen Konkurrenten eliminiert und somit den Vereinigten Staaten die Führung überlassen. Wir befinden uns jetzt in einer Phase nach dem Höhepunkt des amerikanischen Imperiums. Das erwähnte ich bereits. Man hat begonnen, aber eben nur begonnen, das Makrobild zu verstehen. Es handelt sich um ein untergehendes Imperium. Die Chinesen sind das offensichtliche aufstrebende Imperium. China ist der erste ernstzunehmende wirtschaftliche Konkurrent der Vereinigten Staaten seit fast einem Jahrhundert, das muss man sich vor Augen führen. Die amerikanische Dominanz zeigt sich im Ersten Weltkrieg und in der Zwischenkriegszeit und wird mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs für jeden deutlich. Russland war nie ein wirtschaftlicher Konkurrent. Deshalb habe ich Ihnen diese Statistik gegeben: 1,5 Billionen zu 21 Billionen. Das ist nicht annähernd identisch. Der Gedanke ist jedoch, dass Russland vielleicht eine Atomwaffe hatte, dass vielleicht ein ernsthaftes militärisches Problem bestand, aber dass es nie einen wirtschaftlichen Konkurrenten darstellte. Dafür müssen wir auf China warten. Chinas BIP, falls sich jemand wundert, die 17

Billionen, sind für die USA konkurrenzfähig. Daher sind alle aktuellen Ereignisse als Teil dieses Prozesses zu betrachten. Deshalb hätte es schon vorher klar sein müssen, dass Russland China um jede Art von Unterstützung bitten würde; wahrscheinlich hat es die Entscheidung getroffen, ich weiß es nicht, aber wahrscheinlich hat es die Entscheidung getroffen, in die Ukraine einzumarschieren, nachdem es mit China bereits gewisse Bündnisse ausgehandelt hatte. Mit anderen Worten, wir befinden uns in einer neuen Situation: In den letzten 75 Jahren wurde jedes Land, in dem die lokale politische Führung aus der hegemonialen kapitalistischen Weltwirtschaft der USA ausbrechen wollte, ziemlich schnell zerschlagen und vernichtet, weil sie keine Alternative hatten. Mit dem globalen Kapitalismus muss sich abgefunden werden. Dieses System ist höchst unausgewogen. Die Vereinigten Staaten stehen politisch, wirtschaftlich und militärisch an erster Stelle. Was werden Sie tun? Sie haben keine andere Wahl. Und die Vereinigten Staaten haben sehr deutlich gemacht: Wenn ihr uns politisch nicht Folge leistet, werden wir euch wirtschaftlich unter Druck setzen. Wenn ihr nicht auf uns hört, greifen wir euch an. Es ist eure Entscheidung, aber wir werden euch besiegen. Dabei könnt ihr selbst entscheiden, wie ihr vernichtet werden wollt. Nehmen Sie als Beispiel Kuba. So sind sie mit Kuba umgegangen, und mehr oder weniger mit allen. Jetzt gibt es eine Veränderung. Dieser Wandel, ich kann es nicht genug betonen, führt zu einer Reihe von Ländern, die jetzt experimentieren. Die kleinsten Länder in Afrika, die kleinsten Länder in Lateinamerika experimentieren in dieser neuen Welt. Sie haben es mit der Volksrepublik China zu tun. Nebenbei bemerkt, auch mit Russland. Russland ist in der Lage, Öl und Gas in begrenzten Mengen an kleine, ärmere Länder zu verkaufen, weil jetzt jeder eine Wahl hat. Die Vereinigten Staaten und Westeuropa versuchen verzweifelt, an ihrer Vormachtstellung festzuhalten, die von Woche zu Woche kleiner wird. Sie können sich und der Welt weiterhin vormachen, dass sie immer noch das Sagen haben, aber dieser Sanktionskrieg und sein bisheriges Scheitern sind ein schwerer Schlag. Und sie werden sich wie alle anderen auch an die sich verändernde Welt anpassen müssen.

ZR: Ich möchte auch über die Auswirkungen der Militärausgaben auf die Vereinigten Staaten selbst sprechen. Milliarden von Dollar fließen als Militärhilfe in die Ukraine. Zuletzt erfuhr ich, dass der Betrag der Hilfe für die Ukraine im Jahr 2022 den Haushalt des Außenministeriums übersteigt. Welche Auswirkungen hat all diese Militärhilfe auf die Vereinigten Staaten selbst?

RW: Ich zitiere Sie an dieser Stelle einfach. Bisher wurde dies mit großartigen, patriotischen Grundsatzfragen begründet. Wenn Sie sich in der amerikanischen Politik auskennen, rate ich Ihnen, wenn ein Politiker in diesem Land von Prinzipien spricht, in die hintere Hosentasche zu greifen und Ihr Portemonnaie festzuhalten, denn jemand ist dabei, Ihnen Ihr Geld abzunehmen. Die Amerikaner machen diesen Scherz fortwährend. Die meisten Amerikaner lassen sich also nicht von dieser Angelegenheit täuschen. Der Öffentlichkeit wird die Realität verborgen. Wenn man in diesem Land plötzlich eine verheerende Inflation von acht, neun, zehn Prozent pro Jahr erlebt, wie wir sie ab Ende 2021 hatten und wie sie sich im Grunde durch das Jahr 2022 zieht, dann entstehen sehr bald Probleme. Vor allem, wenn die

Lohnsteigerungsrate weit hinter der Preissteigerungsrate zurückbleibt. Und in unserem Land, hier in den Vereinigten Staaten, waren die Lohnsteigerungen selten mehr als halb so hoch wie die Preissteigerungen. Das bedeutet, dass die Arbeiterklasse stark unter Druck steht. Darüber hinaus darf man nicht vergessen, dass es sich um eine Arbeiterklasse handelt, die bereits zwei Jahre lang durch die Pandemie und den wirtschaftlichen Zusammenbruch, der mit der Pandemie einherging, belastet wurde. Sie haben es also mit einer Arbeiterklasse zu tun, die seit 25 Jahren einen relativen Wohlstandsverlust erlitten hat, die eine schreckliche Pandemie und einen Wirtschaftsabsturz durchlebte, auf die eine Inflation folgte und auf die nun eine Anhebung der Zinssätze folgen wird. Dies ist ein Land, dessen Verschuldung - Staatsverschuldung, Verschuldung der Konzerne und Verschuldung der privaten Haushalte - so hoch ist wie noch nie in der Geschichte des Landes. Die Anhebung der Zinssätze ist also ein sehr ernster wirtschaftlicher Schlag, der zur Inflation, zur Pandemie, zum Crash und zu 25 Jahren Vermögensumverteilung hinzukommt. Keine Arbeiterklasse kann so lange unter einem solchen Druck auf einem solchen Niveau bestehen. Was wir also in den letzten 12 Monaten in den Vereinigten Staaten erleben, ist ein Anstieg der Aktivität der Arbeiterbewegung, wie wir ihn seit 100 Jahren nicht mehr erlebt haben. Wir verzeichnen jetzt einen Grad an gewerkschaftlicher Organisation und Streiks, der uns in die 1930er Jahre zurückversetzt, als es zum schlimmsten Zusammenbruch des Kapitalismus in seiner Geschichte kam. Das muss verstanden werden. Das ist eine Folge dieser Entwicklungen. Um die Inflation in den Griff zu bekommen, erhöht unsere Regierung die Zinssätze. Das schadet natürlich den armen Menschen und den Menschen mit mittlerem Einkommen, den kleinen und mittleren Unternehmen, denn für sie bedeutet eine Erhöhung der Zinssätze, dass sie aufgrund ihrer hohen Verschuldung nicht mehr existieren können. Man sagt uns fälschlicherweise, dass dies die einzige Möglichkeit sei, mit der Inflation umzugehen. Ich führe überall in den Vereinigten Staaten Interviews, in denen ich den Leuten erkläre, dass das letzte Mal, als wir in den 1980er Jahren eine Inflation wie diese hatten, unser konservativer Präsident Richard Nixon über Nacht einen Lohnpreisstopp verhängte; am 15. August 1971, und damit war das Inflationsproblem gelöst. Heute geschieht das nicht, aber wir lassen nicht einmal ein Gespräch darüber zu. Wir haben eine Gesellschaft, in der die Regierung uns sagt, dass dies der einzige Weg ist und dass wir so verfahren müssen. Okay, was sind die Konsequenzen? Hier ist die Ironie. Die Anhebung der Zinssätze soll die Inflation bremsen. Ja, aber die Expansion des Geldes, das die Regierung für den Krieg in der Ukraine ausgibt, bewirkt das Gegenteil. Sie fördert die Inflation. Jeder, der sich mit Wirtschaft beschäftigt hat, weiß, dass ein plötzlicher Anstieg der Staatsausgaben inflationär ist. Die Regierung gibt also einerseits mehr Geld für die Ukraine aus und schränkt andererseits die Ausgaben der kleinen und mittleren Haushalte und Unternehmen ein, indem sie die Zinssätze erhöht. Wissen Sie, was das ist?! A) widersprüchlich B) sinnlos und C) eine nicht sehr subtile Art zu sagen, dass wir die Wirtschaft neu ordnen. Sie, die kleinen und mittleren Unternehmen, Sie, die kleinen und mittleren Haushalte, Sie werden Ihren Konsum einschränken müssen, damit wir Ressourcen freisetzen können, die wir in die Militärproduktion für die Ukraine stecken. Wer bezahlt wie immer den Krieg? Ja... Aber das Problem hier ist, dass die Einbeziehung der Arbeiterklasse in den Vereinigten Staaten mit einer zunehmenden Militarisierung und

Militanz unserer Arbeiterbewegung zusammenfällt. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung. Und man beginnt zu erkennen, dass sowohl auf dem rechten als auch auf dem linken Flügel beide Seiten mit diesem Krieg in der Ukraine und der Art und Weise, wie er finanziert wird, nicht glücklich sind. Und das moralische Argument kann nicht stark genug sein, war es in diesem Land nie und wird es auch jetzt nicht sein, um die von mir angesprochenen materiellen Probleme vor Ort zu überwinden.

ZR: Linke Ökonomen argumentieren in der Regel, dass staatliche Ausgaben für das Sozialgefüge nicht unbedingt zu Inflation führen. Wie erklären Sie, dass Militärausgaben zu einer Inflation führen würden?

RW: Hauptsächlich, weil es eine Gelegenheit für den sogenannten militärisch-industriellen Komplex ist. Und lassen Sie mich das erklären. Vor vielen, vielen Jahren hat sich eine wunderbare Beziehung zwischen dem Militär, der Regierung und den Industrien entwickelt, die Flugzeuge, Munition, Gewehre, Panzer und den ganzen Rest produzieren. Präsident Eisenhower hielt nach dem Zweiten Weltkrieg, als er aus dem Amt des Präsidenten ausschied, eine berühmte Rede, in der er das amerikanische Volk vor dem militärisch-industriellen Komplex warnte, der wie folgt funktioniert und den die Menschen unbedingt verstehen müssen: Die Regierung vergibt Verträge an Militärproduzenten. Diese Verträge werden "cost plus contracts" genannt. Mit anderen Worten, der Militärproduzent behauptet, dass es ihn 1.000.000 Dollar kosten würde, dieses Flugzeug herzustellen, und deshalb benötigt er einen Vertrag über 1.100.000 Dollar, weil er einen Gewinn von 100.000 Dollar braucht. Und so wird der Vertrag geschrieben. Okay. Jetzt gestatten wir also den Herstellern von Verteidigungsgütern, dass sie jegliche politischen Schritte ergreifen, die sie wünschen. Welche Maßnahmen treffen sie? Sie unterstützen die politischen Kandidaten, die diese Verträge für sie schreiben. Wir haben also eine wunderbare Beziehung. Wer kommt ins Amt? Personen, die an Militärausgaben glauben. Und warum? Weil das Militär Verträge abschließt, um einen Teil des Geldes, das sie von der Regierung bekommen, als Bestechungsgeld - Verzeihung - als Spende an die Regierung zu erhalten. Ich meine, das ist albern. Jedes Jahr wurden wir davon beherrscht, auch in diesem Jahr, das wir gerade beenden. Jedes Jahr beantragt das Militär einen bestimmten Betrag für den Haushalt des betreffenden Jahres. Und in der Regel erhalten sie viele Milliarden Dollar mehr, als sie beantragen. Normalerweise werden die Anträge von den Politikern ein wenig reduziert, wenn sie eingereicht werden. Aber in diesem Fall, wurden dem Militär in diesem Jahr Dutzende von Milliarden Dollar zugewiesen, mehr als die Regierung Biden beim Kongress beantragt hatte. Das ist üblich. Das ist nicht ungewöhnlich. Wenn also die Regierung enorme Summen ausgibt, ist es für diese Unternehmen mit ihren langjährigen, vertrauten Beziehungen ein Leichtes, die Preise für die Leistungen zu erhöhen, die sie der Regierung in Rechnung stellen. Und da sie wissen, dass sie jedes Jahr mehr erhalten, und da sie wissen, dass sie die Preise erhöhen, können sie im Gegenzug mehr für ihre Inputs bezahlen. Seien es Sandwiches, die den Arbeitern zum Mittagessen gebracht werden, sei es der Strom, den sie kaufen, oder seien es Eisen- und Stahlprodukte. Mit anderen Worten, sie können sich durchsetzen. Sie können

die Inflation in der gesamten Wirtschaft verbreiten. Wenn man bedenkt, dass die US-Bundesregierung der größte Einzelverbraucher des Landes ist und dass ein Drittel oder mehr ihres Haushalts für das Militär aufgewendet wird, gibt man der Wirtschaft einen enormen Inflationsschub, indem man diese Art von Expansion mit all ihren Verzweigungen zulässt. Bei den Sozialausgaben ist dies zwar auch der Fall, aber in viel geringerem Maße, weil es kein Monopol gibt. Es gibt keinen sozialindustriellen Komplex, der vergleichbar wäre. Das Geld wird für Leute aus der Arbeiterklasse ausgegeben, für Angestellte, Sozialarbeiter und all diese Bereiche. Und die sind nicht in der Lage, höhere Löhne und so weiter zu fordern. Im Grunde haben Sie also das gleiche Problem. Sie erhöhen die Ausgaben. Und die Liberalen können das nicht leugnen, weil es unsinnig ist, aber es ist nicht vergleichbar mit der strukturierten Situation in der Verteidigungsindustrie. Und ich sage natürlich nur Verteidigung, weil wir es so nennen. Länder, die weniger Probleme mit der Aufrichtigkeit haben, nennen es Kriegsministerium. Aber wir können das natürlich nicht, weil wir immer so tun müssen, als ob wir uns in einer Verteidigungssituation befänden.

ZR: Ich möchte einen Blick auf die ukrainische Wirtschaft werfen. Sie ging im Jahr 2022 um 30 % zurück. Über die Rolle des IWF in der Ukraine wird nicht besonders viel berichtet. Es wird geschätzt, dass die Ukraine in diesem Jahr zwischen 40 und 57 Milliarden an externen Finanzmitteln benötigt, darunter 3 Milliarden, die sie dem IWF selbst schuldet. Darin enthalten sind auch rund 360 Millionen an zusätzlichen Gebühren allein bis 2023. Warum unterstützt der IWF, wenn es um Freiheit und Demokratie geht, die ukrainische Wirtschaft nicht, indem er diese Kredite und Aufschläge aufhebt und einfach kostenlose Kredite vergibt?

RW: Ich vermute, dass sie das tun. Sie sagen es zwar nicht, aber wenn sie auf einer Zahlung bestehen, dann werden die Vereinigten Staaten weitere 2 Milliarden senden. Das sind Details. Praktisch gesehen gibt es in der Ukraine nur noch eine geringe Wirtschaft. Das ist die Wahrheit. Was auch immer Ihnen jemand anderes erzählt. Das ist keine Kritik an der Ukraine oder irgendetwas anderem. Es kann nicht sein, dass ein so kleines Land einen Krieg führt, den es sich unmöglich leisten kann, und das gegen einen riesigen Feind, der besser organisiert und ausgerüstet ist als man selbst, und dabei Raketenangriffen ausgesetzt ist, die die eigene Infrastruktur zerstören. Ich meine, das ist das Ende. Das ist eine zerstörte Wirtschaft, was auch immer die Einzelheiten sind. Das Land ist nicht besonders groß und hat mindestens fünf bis zehn Millionen Menschen verloren, die inzwischen im Ausland sind. Die Arbeitsplätze, die diese Menschen hatten, werden nicht mehr besetzt, und so weiter und so fort. Es ist zu diesem Zeitpunkt nicht sinnvoll, über die Wirtschaft der Ukraine zu sprechen, weil es praktisch keine gibt. Das Land hält sich gerade so über Wasser. Sie müssen Lebensmittel importieren. Sie müssen Treibstoff importieren. Ihr Militär lebt von dem, was von außen geliefert wird, buchstäblich bis hin zu der Munition, die sie abschießen. Ich denke also, dass Sie Aussagen vernehmen, und diese Aussagen können, wenn Sie genau hinhören, wie folgt übersetzt werden. Wir haben alles in diesen Krieg investiert. Wir waren bereit, die Angelegenheit bis zu dem Punkt voranzubringen, an dem die Russen uns mit einer Invasion drohten. Wir glaubten wohl nicht, dass sie das tun würden. Wir haben uns geirrt. Sie taten es.

Und sie handeln, wie es in einem Krieg üblich ist. Wir können diese Situation nicht überstehen, also werden wir völlig abhängig. Wenn man Herrn Zelensky zuhört, sind sie bereits völlig abhängig von den Militärbasen. Wenn man sich anschaut, was mit ihren Arbeitskräften und ihrem Transportsystem passiert ist, dann rede ich nicht einmal von den großen Teilen des Landes, die jetzt von den Russen übernommen und verwaltet werden. Was für sie übrig geblieben ist, ist chaotisch und kann nicht wiederhergestellt werden - nichts. Was man also von Zelensky hört, sind fantastische Schätzungen. Das letzte, was ich vernahm, war, dass der Wiederaufbau 600 Milliarden Dollar kosten wird. Es wird behauptet, dass die 300 Milliarden, die Russland zur Stützung seiner Währung entzogen wurden, laut Zelensky eine erste Anzahlung für den Wiederaufbau der Ukraine sein sollten, als Bestrafung für Russland. Sie sind verzweifelt. Sie setzen alles Mögliche in Bewegung. Herr Zelensky muss wissen, dass er als großer Held aus dieser Sache hervorgehen wird, wenn sie ihn schützen können. Aber er wird als der schlimmste Mensch in der Geschichte der Ukraine dastehen, wenn die Angelegenheit scheitert. Er steht auf Messers Schneide, so oder so. Wenn das Problem nicht gelöst wird, wenn der Westen nicht noch mehr Geld für die Beseitigung der Kriegsschäden bereitstellt, werden die Ukrainer mit Entsetzen auf Herrn Zelensky zurückblicken. Und er muss wissen, dass das auch jeder andere, der aufmerksam hinschaut, tun wird. Es ist eine sehr offene Frage. Und das ist der Albtraum von Herrn Zelensky. Es ist eine sehr offene Frage. Wenn dieser Krieg zu Ende ist, und das ist bei allen Kriegen früher oder später der Fall, wenn dieser Krieg zu Ende ist, werden die europäischen und nordamerikanischen Länder dann bereit sein, für den Wiederaufbau dasselbe auszugeben, was sie für den Krieg ausgegeben haben? Das glaube ich nicht. Aber natürlich kann ich die Zukunft nicht besser voraussehen als jeder andere. Aber Herr Zelensky, sein Leben hängt von dieser Frage und ihrer Beantwortung ab.

ZR: Professor Richard Wolff, Gründer von Democracy at Work, Autor und Wirtschaftswissenschaftler, vielen Dank für Ihre Zeit heute.

RW: Es war mir ein Vergnügen und ich hoffe, dass wir schon bald wieder zusammenkommen können.

ZR: Und ich danke Ihnen für Ihr Interesse an der heutigen Sendung. Vergessen Sie nicht, unseren alternativen Kanälen auf Rumble und Telegram beizutreten. Wir verlassen YouTube, da YouTube einen Shadowban gegen uns verhängt, also schließen Sie sich diesen Kanälen bitte an. Und vergessen Sie nicht zu spenden, damit wir unsere unabhängigen und gemeinnützigen Nachrichten und Analysen fortsetzen können. Ich bin Ihr Gastgeber Zain Raza, bis zum nächsten Mal.

ENDE